



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



Fraktion DIE LINKE. im
Rat der Stadt Wuppertal



Freie Wähler im Rat der
Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales, Familie und Gesundheit
Herrn Michael Wessel
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Datum 24.10.2019

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr. VO/0867/19/1-Neuf.
öffentlich

Zur Sitzung am
30.10.2019

Gremium
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Resolution Cannabis, Neufassung; Gemeinsamer Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und Freie Wähler

Sehr geehrter Herr Wessel,

die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und Freie Wähler beantragen, der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit möge beschließen:

Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, die Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz sowie die Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung haben sich nun seit mehr als einem Jahr mit dem Thema "Umgang mit Cannabis" befasst. Außerdem belegen zahlreiche Studien, dass das bundesweit geltende Betäubungsmittelgesetz nicht mehr zeitgemäß ist. Die Fachgruppe Sucht hat dazu folgende Empfehlung ausgesprochen:

"Die Wuppertaler Politik soll sich, gemeinsam mit anderen Städten, dafür einsetzen, die Bundesebene aufzufordern, sich erneut mit dem Thema Drogenpolitik zu befassen und zu prüfen, ob rechtliche Veränderungen möglich sind."

Dieser Empfehlung folgend beantragen die o.g. Fraktionen, der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Stadt Wuppertal wird sich im Rahmen ihrer Mitarbeit in den kommunalen Spitzenverbänden für eine gemeinsame Initiative einsetzen, um die Bundesebene dazu aufzufordern, das geltende Recht unter Beachtung des Jugendschutzes auf den Prüfstand zu stellen, mit dem Ziel einer Entkriminalisierung des Konsums von Cannabis.
2. Die Stadt Wuppertal bemüht sich weiter darum, einen öffentlichen Diskussionsprozess für einen bewussten und aufgeklärten Umgang mit Drogen, hier speziell mit Cannabis, in Gang zu halten.

3. Dabei werden sowohl der fachlich zuständige Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, als auch die Einrichtungen der Suchthilfe einbezogen und sollen ihre fachliche Expertise einbringen.

Begründung:

Zahlreiche Studien belegen, dass der restriktive Umgang mit Cannabis erhebliche negative Auswirkungen hat. Diese reichen von gesundheitlichen Risiken (unklarer THC-Gehalt, unklare Beimischungen) über Einschränkungen der beruflichen Laufbahn bis hin zur Weigerung Suchthilfeangebote aus Angst vor Kriminalisierung anzunehmen. Hier ist ein Umdenken dringend erforderlich, wobei es selbstverständlich gilt, den Jugendschutz zu beachten. Ebenso wäre eine wissenschaftliche Begleitung einer legalen Vergabe von Cannabis wünschenswert. Die Stadt Wuppertal verfügt seit vielen Jahren über ein sehr gut ausgebautes Angebot der Suchthilfe. Daher sollte sie auf die Erfahrungen vor Ort und in anderen Kommunen zurückgreifen und sich für einen zeitgemäßen Umgang mit Cannabis einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Stv. Thomas Kring,
Sprecher der SPD-Ratsfraktion

gez.
Stv. Ilona Schäfer,
Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die
Grünen

gez.
Stv. Susanne Herhaus
Sprecherin der Ratsfraktion Die Linke

gez.
Stv. Eva Schroeder
Sprecherin der FDP-Ratsfraktion

gez.
Axel Straub, sachkundiger Bürger der
Fraktion Freie Wähler